Mittel dazu stellt die sogenannte britische „Order in council“ vom 27. November 1939 dar. Sie bestimmt: „Jedes Handelsschiff, das aus einem anderen als einem feindlichen Hafen nach dem 4. Dezember 1939 ausgefahren ist und Waren an Bord hat, die feindlichen Ursprungs oder feindlichen Eigentums sind, kann gezwungen werden, solche Waren in einem britischen oder alliierten Hafen zu löschen.“ Von neutralen Schiffen soll also für neutrale Länder bestimmtes Gut heruntergeholt werden. Eine rechtliche Handhabe hierfür gibt es nicht. Im Gegenteil schlägt die englische Anordnung jedem internationalen Seerecht ins Gesicht, und zwar dem Völkerrecht, das von England selbst zum Beispiel in der seinerzeitigen Pariser Deklaration anerkannt worden ist. Was England begeht, ist demnach unverhüllter Seeraub, ist Piraterie.

Italien hat dieser Erkenntnis unmißverständlich Ausdruck gegeben. Sowjetrußland hat soeben in einer scharfen Note in London seinen Standpunkt dargelegt. Die Vereinigten Staaten raffen sich immerhin zu Vorstellungen auf, die freilich recht zahm sind. Japan jedoch führt eine kraftvolle Sprache und kündigt Vergeltungsmaßnahmen an, die japanischen Pressestimmen zufolge so weit gehen sollen, daß für jede beschlagnahmte Tonne nach Japan bestimmter Waren eine Tonne britischer Waren von britischen Dampfern in Ostasien heruntergeholt werden soll. Im Hafen von Rotterdam liegt der japanische Dampfer „Sanjo Maru“ mit Waren deutscher Herkunft an Bord und wartet auf den Ausgang in London stattfindender Verhandlungen, die Japan eine Sonderregelung in Aussicht stellen. Eine derartige Rücksichtnahme haben die kleinen Länder nicht zu erhoffen. Zum mindesten nicht, wenn sie bei ihren bisherigen wenig durchschlagenden Mitteln verharren. Einzeleinsprüche werden in London bestenfalls zur Kenntnis genommen, ohne daß sie etwas zu ändern vermögen. Die Geschichte bietet aber Beispiele, daß Großbritannien einem gemeinsamen entschlossenen Druck der Neutralen zur Wiederherstellung des Rechtes Rechnung tragen muß. Ebenfalls Pressenachrichten zufolge ist die Tokioer Regierung an die übrigen Neutralen zwecks Einleitung gemeinsamer Schritte herangetreten. Zweifellos versucht die britische Diplomatie, eine solche Entwicklung zu hintertreiben. Aber nachdem nun England Farbe bekannt und enthüllt hat, daß sein Kriegsziel in nichts anderem besteht als in der Wiedererrichtung seiner Vorherrschaft in Europa, nachdem es zur Erreichung dieses Zweckes einen Völkerrechtsbruch an den anderen reiht, dürfte den Neutralen aufgehen, daß ihre wahren Interessen ganz gewiß nicht bei England in guter Hut sind, daß dessen Streben vielmehr auch für sie Gefahren in sich birgt. Das Verhalten gegenüber der britischen Anmaßung, das Maß der Willfährigkeit oder gar Hörigkeit — oder der Nachdruck, mit dem die kleinen Staaten ihr gutes Recht praktisch zu verteidigen wissen, wird zum Prüfstein für ihre wirkliche Neutralität. Und für ihren Weitblick. Denn diesen Krieg wird nicht England gewinnen, sondern Deutschland. Nach einem deutschen Sieg aber wird endlich die Freiheit der Meere kein bloßes Schlagwort mehr sein.

Eine Urkundensammlung, die jeder gelesen haben muß

Berlin, 12. Dezember. Die Veröffentlichung des Weißbuches des Auswärtigen Amtes: „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ enthält an der Spitze dieser Urkundensammlung eine ausführliche Uebersicht, die dem Leser einen ersten Ueberblick über den Inhalt der 482 Dokumente zur Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges gibt.

Die veröffentlichten Dokumente sind in vier große Kapitel gegliedert, deren Ueberschriften Inhalt und Aufbau des Aktenwerkes am treffendsten kennzeichnen; sie lauten:

1. **Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.**
2. **Die englische Kriegspolitik.**
3. **Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern.**
4. **Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens.**

Deutschland und Polen

Das erste Kapitel enthält 196 Urkunden zur Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von Versailles bis zur Ablehnung des deutschen Angebotes zur gütlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage im Frühjahr 1939. Dieser Abschnitt beginnt mit 25 Stücken, in denen in einigen besonders typischen Beispielen der Kampf Polens gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933 in Erinnerung gerufen wird. Von besonders aktuellem Interesse ist ein in diesem Zusammenhang abgedruckter Auszug aus dem Memorandum Lloyd Georges, britischer Premierminister auf der Versailler Konferenz vom 25. März 1919, in dem es prophetisch heißt, die im Osten Deutschlands beabsichtigte Grenzführung müsse seiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.

Sodann wird an der Hand von Aufzeichnungen leitender Persönlichkeiten und von Berichten der deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Polen eingehend die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen von 1933 bis 1939 aufgezeigt. Die einzelnen Unterabschnitte zeigen die immer wiederholten Bemühungen der Reichsregierung, zu einer Verständigung mit Polen zu gelangen und auf diesem friedlichen Wege die Lage der deutschen Volksgruppe in diesem Lande zu einer einigermaßen erträglichen zu gestalten. Diesen deutschen Versuchen, als deren wichtigsten Etappen das Abkommen vom 26. Januar 1934 und die deutsch-polnische Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 bezeichnet werden können, steht der fortdauernde und sich ständig verschärfende Kampf Polens gegen das in seinen Grenzen ansässige Deutschtum gegenüber, der insbesondere durch Konsulatsberichte eingehend belegt wird.

Im letzten Unterabschnitt des ersten Kapitels werden die Dokumente vom 1. Oktober 1938 bis März 1939 andauernden Bemühungen Deutschlands um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage veröffentlicht. Die hiermit bekannt werdenden Einzelheiten der deutschen Verhandlungsführung zeigen, wie die Reichsregierung mit ihren maßvollen und beiden Staaten vorteilhaften Vorschlägen versuchte, diese Fragen nicht gegen, sondern nur mit Polen zu lösen. Es wird weiter der dokumentarische Nachweis dafür erbracht, daß es die englische Einkreisungspolitik war, die Polen veranlaßte, sein Nein auszusprechen und nun offen zur Erzfeindpolitik des Jahres 1919 zurückzukehren.

England will den Krieg

Die im zweiten Kapitel wiedergegebenen Dokumente, Auszüge aus Reden des Führers und deutscher wie englischer Staatsmänner und Politiker sowie vornehmlich Berichte des deutschen Botschafters in London und anderer beteiligter deutscher diplomatischer Missionen folgen dem Gang der englischen Kriegspolitik seit der gemeinsamen deutsch-englischen Erklärung von München. Abschnitt A dieses Kapitels behandelt die britischen Aufrüstungsmaßnahmen, die drei Tage nach Unterzeichnung des Münchner Abkommens einsetzten. Mit der Aufrüstung geht die Kriegshetze gegen Deutschland Hand in Hand. Zunächst wurde zwar die Opposition vorgeschickt, aber schon im Januar 1939 schlug auch der englische Premierminister selbst kriegerische Töne an. Die Proteste des deutschen Botschafters wurden mit lahmen Ausreden beantwortet, die öffentlichen Warnungen des Führers in den Wind geschlagen.

Bei der Begründung der englischen Einkreisungspolitik hat die tschechische Frage eine wichtige Rolle gespielt. Abschnitt B dieses Kapitels beweist an Hand englischer amtlicher Aeußerungen, wie es in Wahrheit um diesen Vorwand bestellt ist; so wurde zum Beispiel am 28. März vom britischen Regierungsvertreter im Unterhaus erklärt, daß England in dem deutschen Vorgehen keinen Verstoß gegen die Konsultationsabrede von München gesehen hat.

Die englische Einkreisungspolitik, deren Verlauf aus Abschnitt C des zweiten Kapitels ersichtlich ist, hatte es bereits im Februar 1939 dahin gebracht, daß sich in Polen das Bestreben nach einer bewußten Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen durchzusetzen anfing. Mitte März begann England unter Ausnutzung unverantwortlich in die Welt gesetzter, völlig unsinniger Gerüchte über deutsche Ultimaten und Angriffsabsichten gegen kleine Staaten mit seinem Versuch, die europäische Front gegen Deutschland zu errichten. Polen erhielt seine verhängnisvolle Blankovollmacht, Rumänien und Griechenland wurden mit einseitigen Garantieversprechungen bedacht, die Türkei in das Einkreisungsnetz einbezogen. Nebenher liefen die intensiven Bemühungen um das sowjetrussische Bündnis. Ueberall in der Welt wurde der englische Wille zum Präventivkrieg spürbar. Im Juni enthüllte Halifax in öffentlicher Rede den Sinn der englischen Kriegspolitik. Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes versetzte dann der Einkreisung den tödlichen Stoß. Aber England hat in voller Absicht alle Brücken hinter sich abgebrochen und ließ dem Verhängnis seinen Lauf.

Deutschland wollte den Frieden

Das dritte Kapitel der Aktensammlung bringt die Dokumente zu Deutschlands Bemühungen um die Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Es belegt die Friedlichkeit der deutschen politischen Haltung in einem Zeitabschnitt, in dem England sich mit Kriegspolitik befaßte. Die Pariser Erklärung vom 6. Dezember 1938 sollte den Entschluß Deutschlands feierlich bekräftigen, es niemals wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich kommen zu lassen. Die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens wurden zum Gegenstand eines deutsch-belgischen Notenwechsels gemacht. Der Führer gab die Versicherung ab, daß Deutschland jederzeit die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren werde. Die Grenzen mit den südlichen Nachbarn Deutschlands, Ungarn, Italien und Jugoslawien, wurden von Deutschland als endgültig und unantastbar bezeichnet. Mit Dänemark, Litauen und Estland wurden auf Grund deutscher Initiative Nichtangriffsverträge geschlossen. Schließlich kam es am 23. August 1939 zum Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Alle diese Erklärungen und Verträge werden im Wortlaut gebracht.

So mißbrauchte man Polen

Das vierte Kapitel bringt den Nachweis für den Mißbrauch Polens als Werkzeug des englischen Kriegswillens. Im ersten Abschnitt zeigt eine Fülle von Berichten der deutschen Botschaft in Warschau und der deutschen Konsularbehörden in Polen, wie nach der Erteilung der britischen Blankovollmacht Polen zum Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe ansetzte. Ende März geht eine Welle deutschfeindlicher Demonstrationen durch das Land; annexionistische Forderungen nach Danzig und Königsberg werden laut. Im April beginnt der Flüchtlingsstrom nach Deutschland. Im Mai berichten die deutschen Konsulate von zahlreichen Terrorakten im ganzen Lande; besonders in Ostoberschlesien und dem Lodzer Bezirk kommt es zu systematischen Verfolgungen, denen das Deutschtum ganzer Ortschaften zum Opfer fällt. Alle kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums werden geschlossen, auch das religiöse und kirchliche Leben der Volksgruppe bleibt nicht verschont. Proteste beim polnischen Außenministerium werden mit Achselzucken beantwortet. Der deutsche Botschafter in Warschau muß feststellen: „Die polnische Regierung fühlt sich offenbar durch die englische Blankovollmacht so stark, daß sie es nicht mehr für nötig hält, bei der Behandlung der deutschen Minderheiten irgendeine Rücksicht auf deutsche Interessen zu nehmen.“

Gleichzeitig erreicht die Bedrohung Danzigs ihren Höhepunkt. Im zweiten Abschnitt des vierten Kapitels werden die von Polen provozierten Zwischenfälle, der wirtschaftliche, politische und militärische Druck auf diese deutsche Stadt und die polnischen Annexionsträume durch die Berichte der deutschen Auslandsvertretungen und die amtlichen Schritte des Danziger Senates in die Erinnerung zurückgerufen. Das Ultimatum Polens an Danzig vom 4. August führt bereits in die unmittelbare Vorgeschichte des Kriegsausbruches.

Die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise wird im letzten Teil des vierten Kapitels behandelt. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Dokumente sind zum Teil bereits in dem Weißbuch „Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise“ veröffentlicht worden. Sie werden hier in den weiteren Zusammenhang der englischen Präventivkriegspolitik hineingestellt. Diese wird noch einmal in voller Deutlichkeit sichtbar in der Unterhauserklärung Chamberlains vom 10. Juli 1939, die Polen in seiner Unnachgiebigkeit gegenüber den bescheidensten Forderungen in verhängnisvollster Weise bestärkt, obgleich die Lösung der Krise nun mehr als dringlich geworden ist.

England allein ist verantwortlich

Aufzeichnungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes über seine Unterredungen mit den Botschaftern Englands und Frankreichs zeigen, in welch eindringlicher Weise die Mächte immer wieder gewarnt worden sind. Die Antwort der Westmächte auf diese Warnungen ist der Welt bekannt. Der bereits veröffentlichte Briefwechsel zwischen Chamberlain und dem Führer vom 22. bis 28. August wird in der neuen Veröffentlichung ergänzt durch eine Aufzeichnung über die Unterredung des Führers mit dem englischen Botschafter in Berlin, in der England nochmals auf seine Verantwortung für das Schicksal Europas festgelegt wurde. Auch das letzte Angebot des Führers an England ist von den Briten ausgeschlagen worden. Wir wissen heute, daß England ebenso den deutschen Versuch, in letzter Stunde Polen nochmals durch die denkbar großherzigsten Ausgleichsvorschläge vom Weg des Verderbens zurückzureißen, bewußt sabotiert und die Hasardeure in Warschau angetrieben hat, den vollen Einsatz — die Existenz des polnischen Staates — aufs Spiel zu setzen. Es war nur logisch, daß der englische Kriegswille dann auch den letzten Vermittlungsversuch des Duce vom 1. September zum Scheitern gebracht hat. So muß das als letztes Stück der neuen Aktensammlung abgedruckte Rundtelegramm des Auswärtigen Amtes die volle Verantwortlichkeit Englands für den Kriegsausbruch feststellen. Damit ist der Ring geschlossen. Was Lloyd George in dem eingangs zitierten Memorandum vorausgesagt hat, ist eingetroffen.

Diese grundlegende Dokumentensammlung wird von jedem politisch wachen Deutschen, ebenso wie von jedem um die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge bemühten Ausländer eingehend studiert werden müssen und studiert werden. Sie bezeugt noch einmal vor aller Welt, daß es England war, welches dadurch, daß es den deutsch-polnischen Ausgleich hintertrieb, bewußt den Konfliktstoff sich ansammeln ließ, der zu dem von ihm gewünschten Kriege führen mußte.

„Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Dezember. Das neue deutsche Weißbuch ist nicht nur etwa eine Antwort auf das englische Blaubuch, das übrigens zahlreiche Lücken enthält, sondern es ist gewissermaßen eine Gesamtrechtfertigung der deutschen Außenpolitik mit seinen zahlreichen Dokumenten, wie Telegrammen der deutschen Botschafter, Wiedergabe der Unterredungen zwischen dem Führer, dem Reichsaußenminister und maßgebenden Diplomaten des Auslandes, sowie mit der Wiedergabe des für die Beurteilung der Vorgänge wichtigen Notenwechsels gibt die neue Veröffentlichung zugleich einen tiefen und sehr interessanten Einblick in die diplomatische Tätigkeit der letzten Jahre.

Bei der Betrachtung all dieser bedeutsamen Dokumente ergeben sich zwei Dinge ganz klar und eindeutig: Das ist einmal das Bestreben des nationalsozialistischen Deutschlands, zu einer Verständigung mit Polen zu gelangen, und zwar zu einer Verständigung auf einer „ehernen Dauerbasis“, wie es Reichsaußenminister v. Ribbentrop einmal gegenüber dem polnischen Botschafter formulierte, einer Verständigung, die alle nur denkbaren Reibungspunkte beseitigen sollte. Der andere Tatsachenkomplex, der sich klar herausschälte, ist das Bemühen Englands, den Aufstieg Deutschlands zu verhindern, ein Bemühen, das sich zum mindesten seit dem Verfall der Tschecho-Slowakei, oder richtiger gesagt, schon unmittelbar nach München in der Entschlossenheit bekundete, Deutschland im Krieg niederzuringen.

Die Bemühungen um eine Verständigung mit Polen setzen unmittelbar nach der Machtübernahme ein. Schon im Mai 1933 deutete der Führer zum ersten Male im Reichstag öffentlich an, daß eine Lösung im Osten gefunden werden müsse. Nicht ganz ein Jahr später, am 26. Januar 1934, konnte dann das deutsch-polnische „Verständigungsdokument“ unterzeichnet und bekanntgegeben werden. Dabei stand von vornherein fest, daß diese Abmachung in keiner Weise die Anerkennung der damaligen deutschen Ostgrenze in sich schloß, sondern daß diese Abmachung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen, bilden sollte. Es wurde hier also der Versuch gemacht, das deutsch-polnische Verhältnis, das durch die Versailler Grenzziehung vergiftet war, zum Besten beider Länder und zum Besten des europäischen Friedens auszugestalten. Die Polen sind auf diesem Wege zunächst gefolgt, wenn auch nicht ganz ohne Widerstreben. Namentlich die unteren polnischen Behörden haben sich sehr oft nicht der von der damaligen polnischen Regierung betriebenen Politik eingeordnet, während es diese Regierung wiederum an der nötigen Energie fehlen ließ, um die Ruhestörer zur Ordnung zu bringen.

Im Oktober vorigen Jahres wurde dann der Versuch unternommen, das deutsch-polnische Verhältnis endgültig zu stabilisieren. Der Zeitpunkt hierfür war glücklich gewählt: Polen hatte mit deutscher Hilfe das Olsagebiet gewonnen und betrieb die Verwirklichung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze, wofür es sich um die Unterstützung Deutschlands bemühte. In einer Unterredung am 24. Oktober 1938 hat Reichsaußenminister v. Ribbentrop dem polnischen Botschafter zum ersten Male die bekannten deutschen Vorschläge entwickelt und ihm den Sinn und ihre Tragweite auseinandergesetzt. Die Polen haben die große Chance, die für sie in den deutschen Vorschlägen lag — Deutschland bot ja Polen eine endgültige Anerkennung, eine Garantie seiner Grenzen an, das heißt also, den Verzicht auf die Rückgliederung der abgetretenen Gebiete, außer Danzig — nicht erkannt. Sie haben zunächst Einwände erhoben, lehnten jedoch weitere Verhandlungen grundsätzlich nicht ab. Der Wechsel in der polnischen Haltung vollzog sich erst in dem Augenblick, in dem England den Polen den Rücken stärkte. Hier nun bringt das Weißbuch eine große Fülle von Dokumenten, die ganz klar erkennen lassen, daß England München nur als einen Zeitgewinn betrachtete, und daß in England sofort nach München die Aufrüstung mit einem Rieseneifer betrieben wurde. Die Neuordnung im tschechischen Raum gab den Vorwand für eine Verdoppelung der englischen Kriegsvorbereitungen und der antideutschen Hetze. Duff Cooper konnte den Führer in offener Sitzung des Unterhauses beleidigen, und Lord Halifax deckte gegenüber dem deutschen Botschafter diese Beleidigungen. Das war am 18. März dieses Jahres. Um diese Zeit war England fest entschlossen, jede Kriegsmöglichkeit auszunutzen, was sich ganz klar aus der Rede Lord Halifax' im Oberhause am 20. März ergibt, in der der englische Außenminister betonte, daß die Regierung Erwägungen darüber anstelle, „ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Uebernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheine“. Mitteilungen des deutschen Geschäftsträgers in London vom 20. und 22. März ließen keinen Zweifel daran, daß zu den Staaten, die in diese gegenseitigen Verpflichtungen einbezogen werden sollten, Polen gehörte. Polen wußte also, als es am 21. März vom Reichsaußenminister noch einmal mit der Danzig- und Korridorfrage befaßt, am 26. März seine ablehnende Antwort erteilte, daß es die Garantie Englands und die zu schaffende Koalition hinter sich habe. Die weiteren Vorgänge sind bekannt.

WASMUTH BRILLEN
OPTIK - PHOTO
Als Geschenk: Ein Baro- und Thermometer
König-Johann-Str. Ecke Moritzstr. 11

Wer
Freude machen will,
schenkt:
ATIKAH 5 Pf